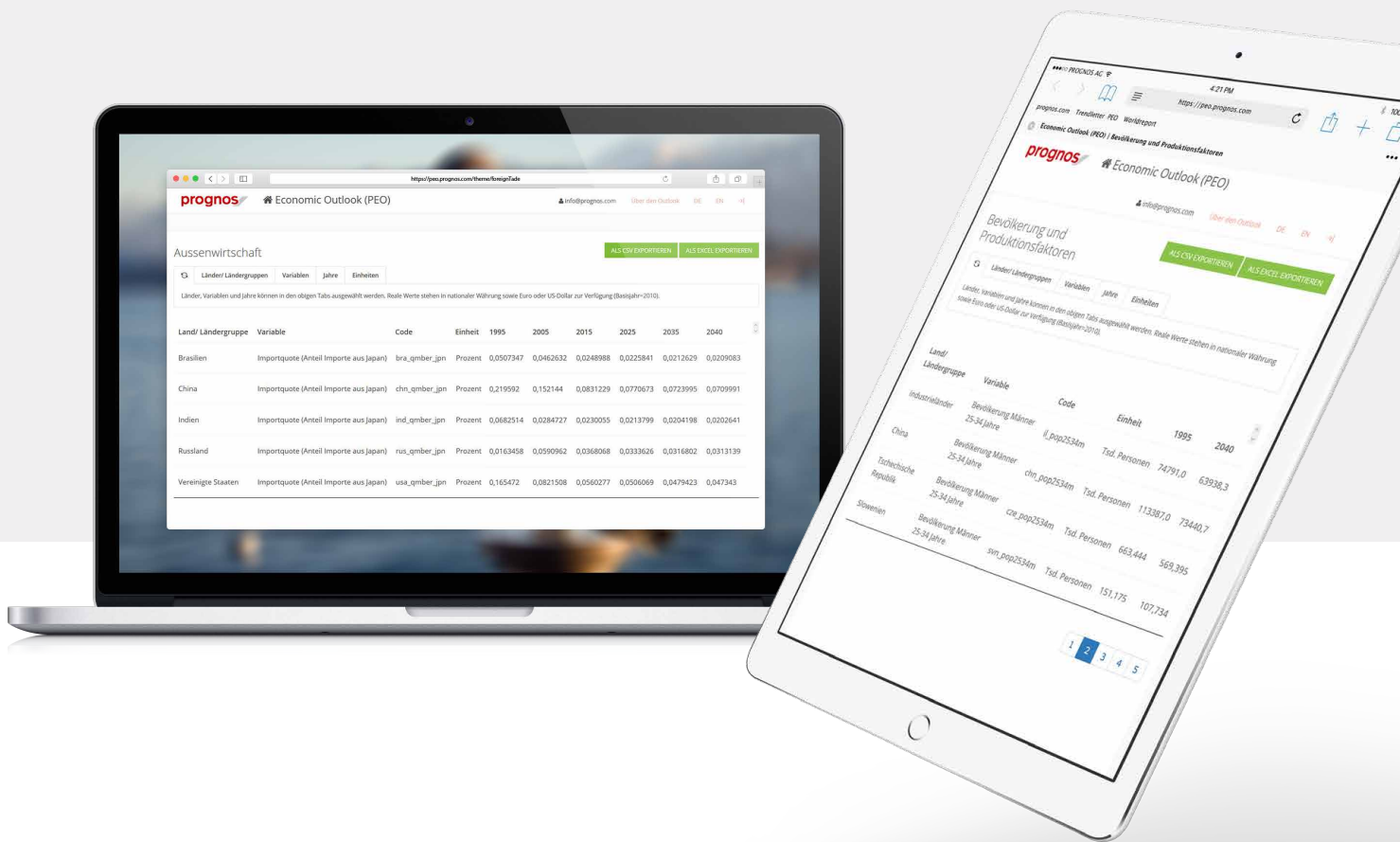


trendletter

(Un-)Gleich geht es weiter
Verteilung und Fairness in Deutschland

Prognos Economic Outlook (PEO)[®]

Die ökonomische Datenbank
von Experten für Experten



Jetzt kostenlos testen!

- _ Prognosen für die Weltwirtschaft der nächsten Dekaden
- _ regelmäßige Updates berücksichtigen neuste Entwicklungen, z. B. Brexit
- _ 42 Länder, 400 Variablen pro Land

Testzugang und Infos auf:
www.prognos.com/peo

prognos

Spare, lerne, leiste was, ...



... dann haste, kannst, biste was. Dieser Ratschlag einer Großmutter an die Enkelkinder gilt gemeinhin als das Erfolgsrezept für ein gelingendes Leben. Viele in diesem Sinne gestaltete Biografien führen nach herrschender Überzeugung in einer sozialen Marktwirtschaft stets auch zu einem gesamtgesellschaftlichen Optimum mit erfreulichem Wachstum, aktiver Beteiligung und hoher Kohäsion. Soweit, so gut. Alles in Butter, möchte man meinen, wenn man die aktuellen Entwicklungen am Arbeitsmarkt, bei Gehältern und Renten oder die Ausgaben der Privathaushalte analysiert.

Doch irgendetwas läuft richtig schief, denn die Wahrnehmung vieler Bürger scheint eine andere zu sein. Die Stimmungen in Deutschland, Europa und der westlichen Welt sind geprägt von Unzufriedenheit, Skepsis und sogar Angst. Dies reicht bis in die Mitte der Gesellschaften. Das Vertrauen in Demokratie und Marktwirtschaft sowie in ihre Institutionen und Repräsentanten hat Schaden genommen. Häufig ist von der „wahrgenommenen Wirklichkeit“ die Rede. Erfahrung und Vernunft verlieren ihre Wirkkraft und Gefühle sind stattdessen die neue Währung im Politikgeschäft.

„Es war einmal in Amerika“ – das kann wenige Wochen nach der US-Wahl bereits ein Lehrstück sein. Denn zwei Probleme werden am Beispiel der USA erkennbar, die auch hierzulande wachsen. Zum einen verspüren viele Menschen Abstiegs- und Zukunftsangst. Digitalisierung und Globalisierung werden immer mehr als apokalyptische Reiter, weniger als Verheißung betrachtet – dabei ist es gleich, ob zu Recht oder zu Unrecht. Zum anderen haben die Eliten in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft darin versagt, den Bürgern aufmerksam zuzuhören und sich nachvollziehbar zu erklären.

Daher ist es aus meiner Sicht kein falscher Alarm, festzustellen: Es ist eine gefährliche Situation für den inneren Frieden, die marktwirtschaftliche Ordnung, Europa und auch für die Demokratie. Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist Stabilitäts- und Wettbewerbsfaktor zugleich. Und diese Kohäsion ist – gefühlt oder faktisch – infrage gestellt: Wie fair ist die Verteilung von Chancen, Erträgen und Lasten und wie gerecht wird sie in Zukunft sein? Dabei geht es nicht nur um Arm und Reich, sondern beispielsweise auch um Alt und Jung oder Stadt und Land. Mit anderen Worten: Wir brauchen ein umfassenderes Erfolgsrezept als das der Großmutter, mehr als das schlichte Motto „Wohlstand für alle“ und außerdem eine intensivere Kommunikation.

Dieser trendletter zu Fragen der Verteilung und Fairness liefert Ihnen, wie stets, interessante Beispiele und konkrete Vorschläge aus zahlreichen Themenfeldern. Die Herausforderung „Gerechte Verteilung“ müssen wir gemeinsam annehmen. Dann gehts (wenn auch nicht gleich) weiter in Richtung einer zukunftsfähigeren, faireren Gesellschaft.

Ich wünsche ich Ihnen jetzt eine spannende Lektüre und freue mich, von Ihnen zu hören.

Herzlich, Ihr

Christian Böllhoff
christian.boellhoff@prognos.com

Inhalt

- 05** *Leitartikel*
Gerechte Politik – was Beratung (nicht) kann
- 07** *Fachbeitrag*
Wer ist eigentlich arm in Deutschland?
- 08** *Statements*
In Sachen Fairness: Mein Rat an Deutschland
- 10** *Rankings*
Chancen in Zahlen
- 11** *Fachbeitrag*
Saubere Energie wollen alle. Doch wer trägt die Lasten?
- 12** *Zahlen & Fakten*
So gerecht ist die Welt
- 14** *Interview*
»Wir brauchen eine Revolution«
- 16** *Kurz gefasst*
Eine gute Idee...
- 18** *Blick in die Medien*
Rente: Eine Zahl mit elf Nullen
- 19** *Fachbeitrag*
Bildung braucht weniger Bruchstellen
- 20** *Standpunkt*
Vor Ort ist, was zählt. Regionalpolitik ändern!
- 21** *Über uns*
Blick in unsere Projekte
- 23** *Über uns*
Rückblick in Bildern



Gerechte Politik – was Beratung (nicht) kann

Jede politische Entscheidung betrifft Fragen von Gerechtigkeit und Verteilung. Politikberater können zeigen, ob ein Weg zum gewünschten Ziel führt. Das Ziel selbst sollten sie nicht bewerten.

Gerechtigkeit ist ein großes Wort. Wer möchte nicht gerne in einer gerechten Welt, in einer gerechten Gesellschaft leben? Aber was ist gerecht? Ist es gerecht, einen Mindestlohn festzulegen und wenn ja: in welcher Höhe? Ist es gerecht, das Rentenniveau nach und nach abzusenken? Ist es gerecht, Kitagebühren zu verlangen und Studiengebühren abzuschaffen? Ist es gerecht, dass in deutschen Vorständen kaum Frauen vertreten sind? Ist es gerecht, von einem Entwicklungsland zu verlangen, seine CO₂-Emissionen zu reduzieren? Ist es gerecht, Stromkunden Mehrkosten für Wind und Photovoltaik anzulasten?

Die Definition von Gerechtigkeit ist komplex und betrifft alle Lebensbereiche. Je eingehender man sich jedoch mit der Frage der Definition beschäftigt, umso eher zerfällt das große Konzept in eine Vielzahl individueller Gerechtigkeitsvorstellungen. Letztlich geht es immer darum, wie Macht, Einfluss, Vermögen, Einkommen und Lasten verteilt wer-

den. Eine überaus schwierige Aufgabe der Politik ist es, diese Verteilungen vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wertesystems so zu organisieren, dass die Mehrheit der Bevölkerung sie als gerecht empfindet und akzeptiert. Um die Verteilung in die gewünschte Richtung zu verändern und dadurch mehr Gerechtigkeit zu erzielen, müssen Politiker und Verwaltung sowohl die jeweilige Faktenlage als auch die Wirkungsweisen von Instrumenten kennen, mit denen die Verteilung optimiert werden soll. Auch die Anreizwirkungen, die von der Verteilung ausgehen, müssen bedacht werden.

Oft werden Politik und Verwaltung durch externe Berater unterstützt: Bei der Erfassung von Fakten (zum Beispiel: wer hat oder zahlt eigentlich wieviel?), der Definition geeigneter Indikatoren (zum Beispiel: wie misst man Armut?), der Abschätzung, dem Monitoring und der Evaluation von Instrumentenwirkungen (zum Beispiel: setzt das geplante Gesetz

die richtigen Anreize oder funktioniert unsere Clearingstelle?) sowie der Analyse des Zusammenspiels unterschiedlicher Instrumente (zum Beispiel: Wo gibt es Doppelstrukturen oder Lücken, wer rutscht gerade unbeabsichtigt durchs Raster?). Die Berater liefern Analysen und Prognosen zu politischen Aktivitäten, Initiativen, Instrumenten und Maßnahmen. Dadurch entsteht ein umfassendes Verständnis von deren Wirkung und Politikberater können zeigen, ob ein Weg zum gewünschten Ziel führt. Politik und Verwaltung erhalten so (oft quantitative) Grundlagen, auf die sie aufbauen können, wenn konkrete Instrumente und Maßnahmen entwickelt werden.

Nach diesem Verständnis ist es nicht die Aufgabe der Politikberatung, die politischen Ziele zu beeinflussen oder normative Vorstellungen in die Beratung einfließen zu lassen. Es geht darum, zu evaluieren, ob der eingeschlagene Weg geeignet ist, die angestrebten Ziele zu erreichen. Es geht nicht darum, die Ziele selbst zu bewerten. Konkret heißt das, dass Politikberater

GERECHTIGKEIT HAT VIELE DIMENSIONEN



- » keine Empfehlung dazu abgeben, wie hoch der Mindestlohn sein sollte, wohl aber die Arbeitsmarktkonsequenzen vorgegebener Mindestlöhne berechnen;
- » nicht sagen, welches Rentenniveau im Jahr 2040 angemessen wäre, wohl aber ermitteln, wie hoch es unter den gegebenen Bedingungen voraussichtlich sein wird;
- » keinen Vorschlag für die Bildungsfinanzierung vorlegen, aber analysieren, welche Anreizwirkungen mit unterschiedlichen Optionen verbunden sind;
- » keine Aussage darüber treffen, in welchem Tempo Wind- und Photovoltaikanlagen zur Stromerzeugung ausgebaut werden sollten, aber die Folgen des geplanten Ausbaus für EEG-Umlage (Erneuerbare-Energien-Gesetz) und Strompreis berechnen.

Quelle: Prognos AG



Kein Kinderspiel: Entscheidungen über Einkommen und Vermögen sind oft schwer zu treffen. Doch wie alle Verteilungsfragen sind sie Aufgabe der Politik, nicht von Beratern.

Die Festlegungen von Mindestlohn, Rentenniveau, Bildungsfinanzierung und Ausbaupfad erneuerbarer Energien, um bei diesen Beispielen zu bleiben, sind Aufgaben der Politik. Die Aufgabe der Politikberatung ist es, aufzuzeigen, welche Konsequenzen und Nebenwirkungen die eingesetzten politischen Instrumente für einzelne Bevölkerungsgruppen, Wirtschaftszweige oder Unternehmen haben. Die entsprechenden Zusammenhänge lassen sich ex post prüfen oder, unter Verwendung von Wirkungsmodellen, ex ante abschätzen. Mithilfe dieser Untersuchungen kann festgestellt werden, ob die angestrebten Wirkungen (wahrscheinlich) erzielt werden.

Wichtig bei diesen Arbeiten sind die Unabhängigkeit der Berater und ihre Neutralität hinsichtlich der politischen Zielsetzungen. Beides erlaubt es, seriös für sehr unterschiedliche Kunden zu arbeiten. Um es konkret zu machen: Prognos arbeitet zu energiewirtschaftlichen Fragen sowohl für das Bundeswirtschaftsministerium als auch für das Bundesumweltministerium, sowohl für Vattenfall als auch für den WWF. Da unsere Arbeiten stets ergebnisoffen angelegt sind, sind die Resultate in der wissen-

schaftlichen und öffentlichen Diskussion belastbar. Davon profitieren unsere Kunden ebenso wie wir. Nicht weniger bedeutend als Unabhängigkeit ist ein umfassendes Problemverständnis. Nur damit ist es möglich, auch unerwünschte Nebenwirkungen geplanter oder umgesetzter Maßnahmen zu identifizieren und bei der Betrachtung zu berücksichtigen.

Neben dem beschriebenen unabhängigen Beratungsansatz, der sich vor allem in der kommerziellen Beratung findet, gibt es weitere: angefangen bei der Beratung von Politikern oder der Verwaltung durch Lobbyisten, die ihre Kompetenzen in Fachfragen einbringen und die Interessen von Verbänden, Gewerkschaften und Unternehmen vertreten, über Stiftungen, die im Idealfall ihren Stiftungszweck verfolgen und sich bei ihrer Arbeit oft von kommerziellen Beratern unterstützen lassen, über Thinktanks, die einer politischen Richtung oder Partei nahestehen und von dieser (teil-)finanziert werden, bis hin zu Instituten an Universitäten oder Forschungseinrichtungen, die oft eine Grundfinanzierung aus Bundes- oder Landesmitteln erhalten. Insbesondere in Fragen von Verteilung und Gerechtigkeit beraten Verbände und Gewerkschaften

häufig mit der Intention, die politischen Ziele im Sinne ihrer Mitglieder zu beeinflussen.

Aber nicht nur institutionell ist das Feld der Politikberatung variantenreich. Auch die Beratungsinhalte unterscheiden sich zum Teil sehr deutlich. Neben der Strategieberatung, die Politik und Verwaltung dabei unterstützt, ihre Ziele zu erreichen, gibt es die Kommunikationsberatung, die hilft, wenn es darum geht, Botschaften an die Frau oder den Mann zu bringen. Imageberatung ist gefragt, wenn es um die positive Darstellung von Politikern oder der Verwaltung geht. Umsetzungsberater werden beispielsweise dann hinzugezogen, wenn die Effizienz der Verwaltung gestärkt werden soll.

Die Vorteile einer externen Beratung liegen für Politik und Verwaltung einmal in einer Erweiterung des Wissens um die relevanten Zusammenhänge. Externe Berater arbeiten oft intensiv und über einen längeren Zeitraum zu spezifischen Themen für unterschiedliche Kunden und lassen die dabei gewonnenen Erfahrungen in ihre Arbeit einfließen. Beispielsweise bringen sie die Perspektive von Unternehmen ein, die von geplanten politischen Initiativen betroffen sein könnten. So lassen sich mögliche Reaktionen frühzeitig berücksichtigen. Zudem kann die Verwaltung durch das Hinzuziehen externer Berater darauf verzichten, für oft sehr spezifische Fragestellungen eigenes Personal vorzuhalten. Hinzu kommt, dass Politiker zur Rechtfertigung unliebsamer Entscheidungen auf externe Berater verweisen und sich damit der Verantwortung entledigen können.

Führt Politikberatung also zu (mehr) Gerechtigkeit? Auf direktem Weg ist das nicht der Fall. Aber gute Beratung trägt durch fundierte Analysen und Bewertungen dazu bei, dass Politik und Verwaltung sicherer sein können, ob die eingesetzten Instrumente die Verteilung in die gewünschte Richtung verändern und so helfen, die angestrebten Gerechtigkeitsziele wirkungsvoll zu verfolgen. _



Wer ist eigentlich arm in Deutschland?

Wenn hierzulande über Armut gesprochen wird, wird meist die Armutsrisikoquote zitiert. Sie soll zeigen, wo wieviele Menschen von Armut bedroht sind. Doch die Quote ist kein sinnvolles Maß.

ABB. 1: ARMUTSRISIKOQUOTE GEMESSEN AM BUNDESMEDIAN

Rang	Bundesland	Quote
1.	Bremen	24,8
2.	Berlin	22,4
3.	Mecklenburg-Vorpommern	21,7
...		
14.	Hessen	14,4
15.	Baden-Württemberg	11,8
16.	Bayern	11,6

Quelle: Mikrozensus 2015

Jeder Mensch in Deutschland hat pro Tag mehr als 1,90 US-Dollar zur Verfügung. Gemäß dieser Abgrenzung der Weltbank lebt damit in Deutschland niemand in absoluter Armut. Das ist gut so, kann aber in einem Land mit einem Durchschnittseinkommen von mehr als 36.000 Euro je Einwohner und Jahr auch nicht der Maßstab sein.

Ein beliebtes Maß, um vor Armut in Deutschland zu warnen, ist daher die Armutsrisikoquote. Sie illustriert, wie viele Haushalte oder Personen weniger als 60 Prozent des (bedarfsgewichteten) Medianeinkommens zur Verfügung haben. Bundesweit ist diese Quote seit Jahren weitgehend konstant (15–16 Prozent). Fast jeder Sechste wäre demnach von Armut bedroht.

Dieses Risiko ist regional ungleich verteilt. Was glauben Sie, in welchen Bundesländern es am höchsten ist?

Misst man das Armutsrisiko am gesamtdeutschen Einkommen (Abb. 1), werden die Bilder in unseren Köpfen bestätigt: Die höchsten Werte weisen Bremen und die ostdeutschen Bundesländer auf, die süddeutschen Bundesländer Bayern und

ABB. 2: ARMUTSRISIKOQUOTE GEMESSEN AM LANDESMEDIAN

Rang	Bundesland	Quote
1.	Hamburg	19,0
2.	Bremen	17,8
3.	Hessen	16,5
...		
14.	Mecklenburg-Vorpommern	13,6
15.	Sachsen	12,9
16.	Thüringen	12,4

Quelle: Mikrozensus 2015

Baden-Württemberg sind am wenigstens betroffen.

Ganz anders stellt es sich dar, wenn man die Haushalte stattdessen mit ihren Mitbürgern innerhalb des eigenen Bundeslands vergleicht (Abb. 2). Plötzlich existiert im reichen Hamburg ein großes Armutsrisiko und Ostdeutschland hat die Hälfte seines Armutsproblems „gelöst“.

Die kaufkraftbereinigte Perspektive (Abb. 3) schließlich zeigt: Hohe Preise – wie in Hamburg oder mittlerweile in Berlin – stellen ein Armutsrisiko dar, wenn das Einkommen nicht Schritt hält.

Wo sind Menschen also besonders von Armut betroffen? Darauf gibt es offenbar keine klare Antwort. Absolute Armut ist messbar, relative Armut hingegen immer eine Frage der Perspektive: Vergleiche ich mich mit dem Bundesdurchschnitt oder mit meinem Nachbarn?

Die Zahlen zeigen: Das weithin genutzte Konzept der Armutsrisikoquote ist im Begriff irreführend und zur Messung von Armut nutzlos. Auch die Tatsache, dass die Quote nicht auf absolute Veränderungen reagiert, zeigt, dass sie in

ABB. 3: ARMUTSRISIKOQUOTE GEMESSEN AM BUNDESMEDIAN, KAUFKRAFTBEREINIGT

Rang	Bundesland	Quote
1.	Bremen	22,4
2.	Berlin	22,1
3.	Hamburg	21,1
...		
14.	Rheinland-Pfalz	14,6
15.	Baden-Württemberg	13,5
16.	Bayern	13,1

Quelle: Mikrozensus 2015, eigene Berechnungen

keiner Weise in der Lage ist, Armut zu messen. Die Armutsrisikoquote ist ein Verteilungsmaß. Sie zeigt gerade einmal an, wie viele Haushalte innerhalb einer frei zu definierenden Gruppe weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens dieser Gruppe zur Verfügung haben. Das ist durchaus interessant, aber letztlich banal. Viel zu oft wird die Armutsrisikoquote jedoch als Kampfindikator für soziale Missstände missbraucht. Fair ist das nicht. Und den Menschen, die tatsächlich ökonomisch und gesellschaftlich ausgegrenzt sind, hilft es erst recht nicht. _



Dr. Michael Böhrmer
michael.boehmer@prognos.com

In Sachen Fairness: Mein Rat an Deutschland

Minijob oder Managergehalt, Spitzenverdiener oder Hartz IV, Brennpunktschule oder Privatinternat – Verteilungsfragen begegnen uns nahezu überall. Sieben renommierte Stimmen und ihr „Rat an Deutschland“.



Wolfgang Huber

ehem. Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche Deutschland und Bischof in Berlin Brandenburg schlesische Oberlausitz

„Fairness zeigt sich in der gleichen Chance für jeden, sich aktiv einzubringen. Die Entwicklung und Entfaltung der eigenen Fähigkeiten ist deshalb das Geheimnis der Gerechtigkeit. Sie ist im Kern Beteiligungsgerechtigkeit. Darum geht es auch bei der Integration von Migranten. Mein Rat heißt: bessere Bildung für alle.“



Dietrich Grönemeyer

Leiter Grönemeyer Institut für Mikrotherapie Bochum, Gründer Grönemeyer Stiftung für Prävention und Gesundheitsförderung

„795 Mio. Menschen hungern weltweit, neun Prozent müssen verschmutztes Wasser trinken. Rund vier Mio. Ärzte und Pfleger fehlen – für mich unfassbar! Der schrecklichen Armut steht unser Wohlstand gegenüber. Nie waren die materiellen, technischen und wissenschaftlichen Voraussetzungen für einen globalen Ausgleich besser. Es würde genügen, weniger verschwenderisch und nicht zerstörerisch mit den gemeinschaftlichen Ressourcen umzugehen.“



Wolfgang Gerhardt

Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, ehem. FDP-Vorsitzender, hessischer Staatsminister und MdB

„Eine freiheitliche Gesellschaft muss, wenn sie ihre Freiheit bewältigen will, aus sich heraus wertegebundene zivile und soziale Ressourcen entwickeln. Sie machen am Ende die freiheitliche Qualität einer Gesellschaft aus, zu deren Nachhaltigkeit Fairness im Umgang unabdingbar gehört.“



Renate Schmidt

ehem. Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages und Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

„Gerecht ist es, wenn wir vielen Alten einen größeren Teil der demografischen Lasten schultern als die weniger werdenden Jungen, die jetzige Kinderarmut vor der künftig drohenden Altersarmut bekämpft wird und die Wohlhabenden mehr dazu beitragen, die Kluft zwischen Arm und Reich wieder kleiner werden zu lassen.“



Sylvia Schenk

ehem. Vorstandsvorsitzende und heutige Sportbeauftragte bei Transparency International Deutschland, Juristin, ehem. Leichtathletin

„Im Leben gibt es meist nicht nur Schwarz und Weiß, Situationen müssen differenziert und mit Augenmaß beurteilt werden. Fair sein verlangt: Kompromiss statt Rechthaberei, Ausgleich statt Eigennutz, Respekt für andere statt Durchsetzen um jeden Preis – selbst wenn die Regeln es zulassen würden.“



Georg Fahrenschon

Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, ehem. Bayerischer Finanzminister

„Aktuell ist der Staat Profiteur der Negativzinsen. Zinsen sind aber auch Belohnung für Konsumverzicht und so Anreiz, Vorsorge zu betreiben. Deshalb muss sich Sparen in anderer Weise wieder stärker lohnen. Würde ein Teil der Mittel, die durch verbilligte staatliche Schuldenaufnahme gespart werden, für die Sparförderung verwendet, wäre das ein gerechter Ausgleich.“



Ursula Engelen-Kefer

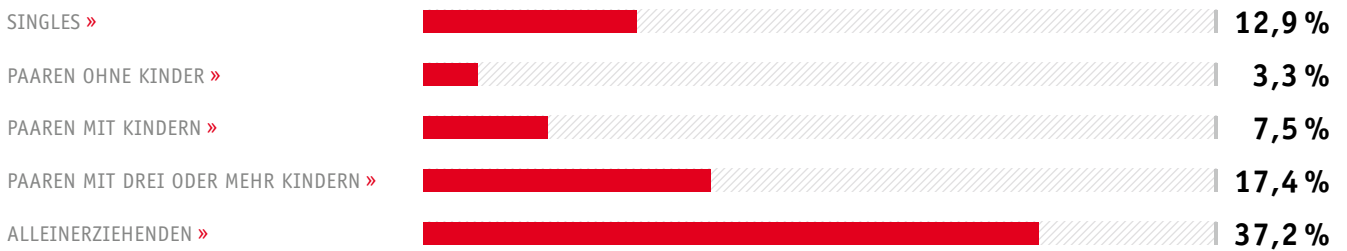
Mitglied im SoVD Bundesvorstand, Professorin an der Hochschule der Bundesagentur für Arbeit, ehem. stellvertr. DGB-Vorsitzende

„Deutschland ist nach dem Aufstieg der AfD im Schock. Vordergründig geht es um die Flüchtlingspolitik; hintergründig um die wachsenden sozialen Ungerechtigkeiten. Wollen CDU/CSU und SPD Volksparteien bleiben und dem politischen Rechtsruck entgegenzutreten, müssen sie ihre Politik an den Menschen orientieren – durch gute Arbeit, faire Löhne, auskömmliche Renten und einen handlungsfähigen Staat.“

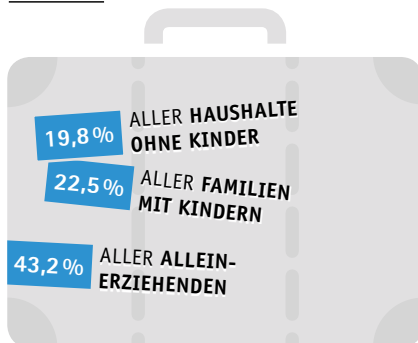
Chancen in Zahlen

Kinder wachsen unterschiedlich auf. Viele Elternhäuser bieten finanzielle Sicherheit, Reisen, Sport und Musik. Andere können sich das nicht leisten. Die Chancen, die Kinder im Leben haben, werden davon maßgeblich bestimmt.

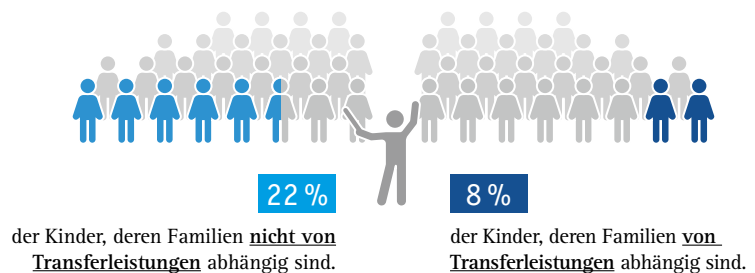
Hartz-IV-Quote von...¹



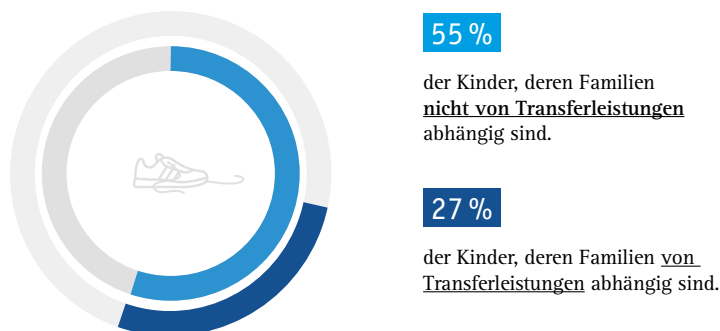
Wer kann sich KEINE mind. einwöchige Urlaubsreise im Jahr leisten?²



Kinder, die außerhalb der Schule an Musik- oder Gesangsunterricht teilnehmen³



Kinder, die außerhalb der Schule an sportlichen Aktivitäten, Ballett und Gymnastik teilnehmen³



Die Wahrscheinlichkeit ein Studium zu beginnen⁴



Quellen:

1. Bundesagentur für Arbeit (2016): Grundsicherung in Zahlen. Alle Angaben beziehen sich auf Mai 2016.
2. Eurostat: EU-SILC-Erhebung. Alle Angaben beziehen sich auf das Jahr 2014.
3. Eigene Auswertungen Prognos AG auf Basis SOEP v31.1 (2014). Alle Angaben beziehen sich auf das Jahr 2014. Unterschieden wird zwischen Kindern ohne/mit Anspruch auf Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets.
4. DIW Wochenbericht Nr. 26/2016. Alle Angaben beziehen sich auf das Jahr 2012.

Saubere Energie wollen alle. Doch wer trägt die Lasten?

Jedes Energiesystem wirft Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen auf – zwischen Generationen, Regionen und Gruppen. Die Energiewende ändert bisherige Verhältnisse. Soll sie gelingen, sind viele Konflikte zu lösen.

Stromproduktion

Jedes Kraftwerk muss letztlich vom Verbraucher über die Strompreise bezahlt werden. Im konventionellen System mit fossil oder nuklear betriebenen Großkraftwerken entstehen die Erlöse am Strommarkt, nämlich durch den Verkauf von Strom. In einem Energiesystem mit einem hohen Anteil erneuerbarer Energien werden die Anlagen zumeist durch Umlagesysteme wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) finanziert. Die Verteilung der Umlagekosten auf die Verbraucher ist dann eine regulatorische Aufgabe. Dabei überlagern sich Gerechtigkeitsaspekte mit industriepolitischen Interessen. Das ist zum Beispiel daran zu erkennen, dass stromintensive Betriebe derzeit teilweise oder vollständig von der Finanzierung der erneuerbaren Energien befreit sind.

Zunehmend werden auch Systeme zur Eigenversorgung attraktiv – insbesondere bei Eigenheimbesitzern. Selbst erzeugter und verbrauchter Strom unterhalb einer bestimmten Größe ist von Umlagen und Abgaben befreit. So können sich einige Nutzer aus der Finanzierung wichtiger Teile des Energiesystems verabschieden. Wie kann eine Lösung aussehen, die beiden Seiten gerecht wird, ohne den Enthusiasmus der Bürger für die Energiewende in den eigenen vier Wänden zu bremsen?

Generationenkosten: Beispiel Kernenergie

Mit dem Kernenergieausstieg entstehen jeweils bei Stilllegung der Kraftwerke die Abbruch- und Entsorgungskosten sowie die Kosten für die Endlagerung der abgebrannten Brennelemente. Im Grunde handelt es sich dabei um „Einstiegskosten“, die schon früher, nämlich bei der Entscheidung für den Einsatz der nuklearen Technologie, entstanden sind. Somit stellte sich von Beginn der Nutzung an die Frage der Verteilung dieser Kosten auf die Nutzer oder zukünftige Generationen.



Die meisten Bürger sind für die Energiewende, doch sie sorgt für neue Konflikte und Verteilungsfragen. Auch in der Wirtschaft werden die Karten neu gemischt.

Regionale Fragen

Im neuen Energiesystem werden die Emissionen erheblich reduziert, was unter anderem feinstaubgeplagte Ballungsräume entlastet. Dafür müssen nun die erneuerbaren Energien Sonne, Wind und Biomassen außerhalb der Städte „eingesammelt“ werden. Bislang freie Natur- und Kulturlandschaften werden im Landschaftsbild durch Maisfelder, Windkraftanlagen oder neue Übertragungsnetze stark verändert und „technisiert“. Dies führt vielerorts zur Ablehnung der geplanten Anlagen, auch wenn die Energiewende und erneuerbare Energien insgesamt nach wie vor große Zustimmung erfahren.

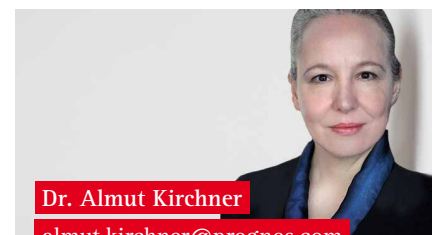
Energetische Modernisierung von Gebäuden

Auf den Wohnungsmärkten sind Verteilungsfragen häufig besonders greifbar. In einigen Regionen spiegeln Mietpreissteigerungen fundamentale Knappheiten wider, ohne dass sich damit nennenswerte Steigerungen des Wohnwertes oder der energetischen Qualität des Gebäudes verbinden. In strukturschwachen Regionen wird hingegen oft gar nicht mehr

investiert. Für die Energiewende werden aber Investitionen in eine energetisch zukunftsfähige Gebäudestruktur benötigt, die die Mieter auch in Zukunft vor unakzeptablen Energiepreisen schützt.

Was folgt?

Verteilungsfragen haben das Potenzial für gesellschaftliche Konflikte. Es ist die Aufgabe verantwortungsvoller Politik, den Ausgleich zwischen allen Gruppen herzustellen. Dabei sind nicht immer diejenigen am stärksten belastet, die am lautesten schreien. Nachhaltige Verteilungssysteme sollten die Nutznießer belasten und keine Anleihen bei zukünftigen Generationen nehmen. _



Dr. Almut Kirchner

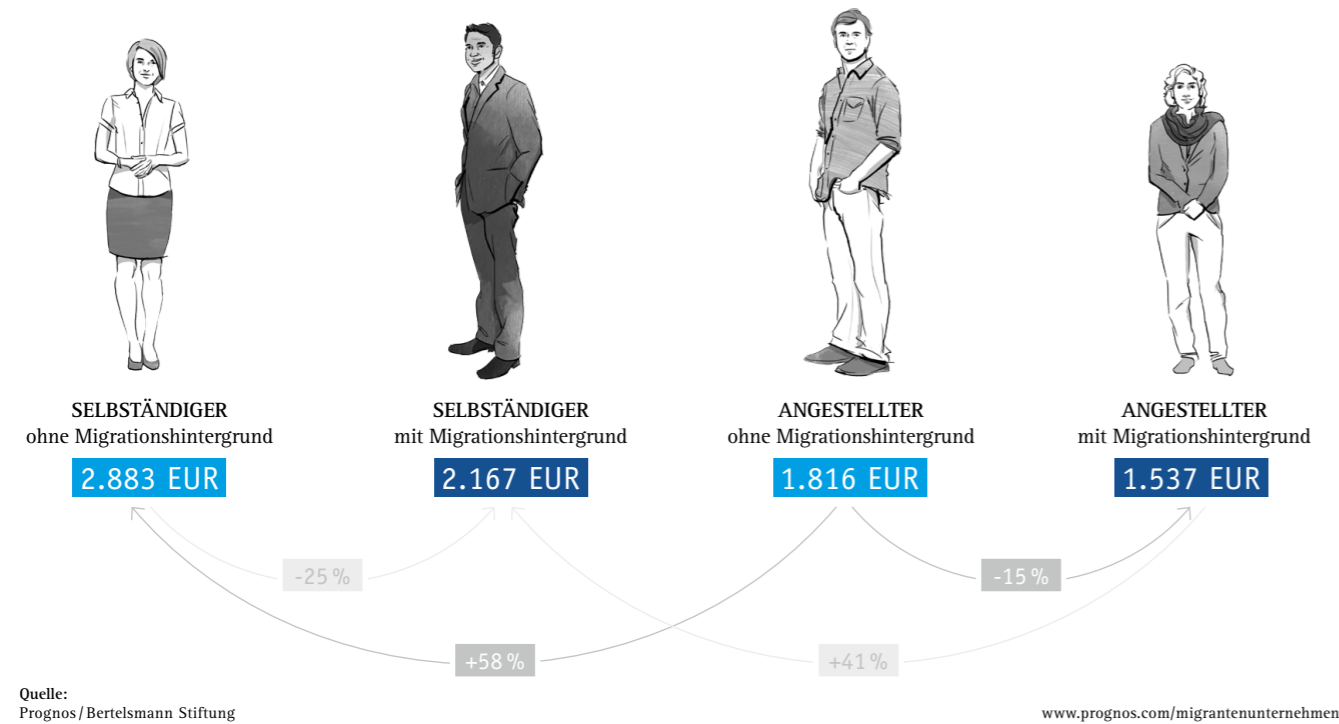
almut.kirchner@prognos.com

So gerecht ist die Welt

Ob beim Thema Arbeit, Familie, Gesundheit oder in der Weltwirtschaft: Nicht jedem geht es gleich. Ist das ungerecht? Einige Schlaglichter:

Arbeitsmarkt

Wer verdient wieviel im Monat?



RENTE

Von der Wohnung bis zum Cappuccino: Wo kann ich mir von meiner Rente im Jahr 2040 am meisten leisten?

FÜNF LANDKREISE MIT DER HÖCHSTEN RENTENKAUFKRAFT 2040 IN EINEM TYPISIERTEN BERUF

1. Tirschenreuth (Bayern)
2. Hof (Bayern)
3. Wunsiedel im Fichtelgebirge (Bayern)
4. Freyung-Grafenau (Bayern)
5. Regen (Bayern)

FÜNF LANDKREISE MIT DER NIEDRIGSTEN RENTENKAUFKRAFT 2040 IN EINEM TYPISIERTEN BERUF

1. München Stadt (Bayern)
2. Starnberg (Bayern)
3. Potsdam (Brandenburg)
4. Frankfurt am Main (Hessen)
5. München Landkreis (Bayern)

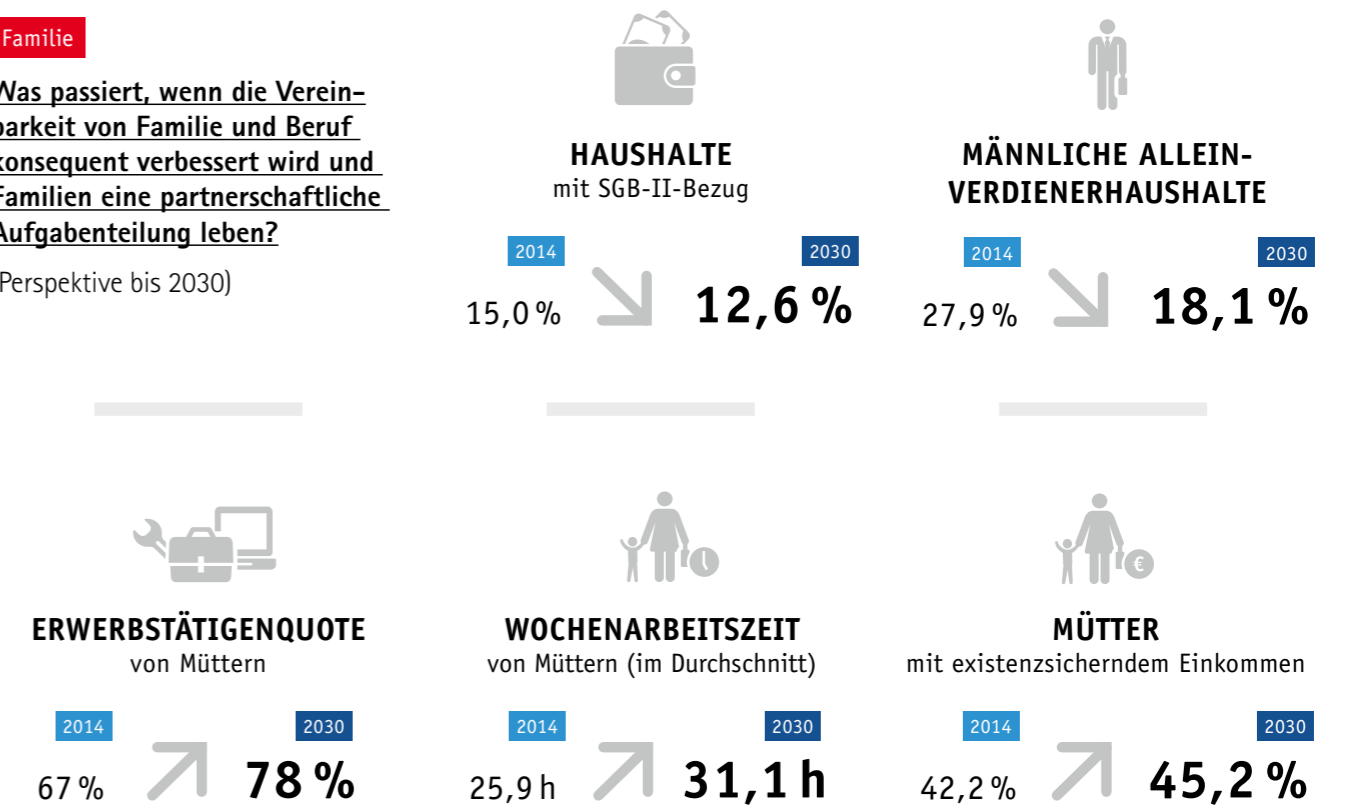
Quelle: GDV / Prognos

www.prognos.com/Rentenlandschaft2040

Familie

Was passiert, wenn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf konsequent verbessert wird und Familien eine partnerschaftliche Aufgabenteilung leben?

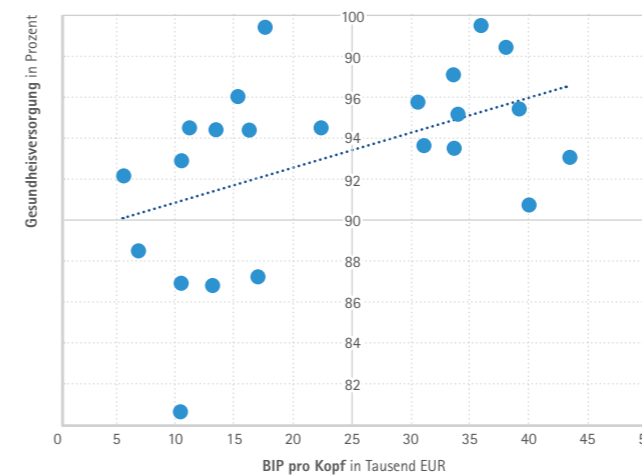
(Perspektive bis 2030)



Gesundheit

Zusammenhang zwischen BIP je Einwohner in der EU und Gesundheitsversorgung

Anteil der Personen, die subjektiv keine Defizite im Gesundheitssystem sehen und BIP je Einwohner, 2014

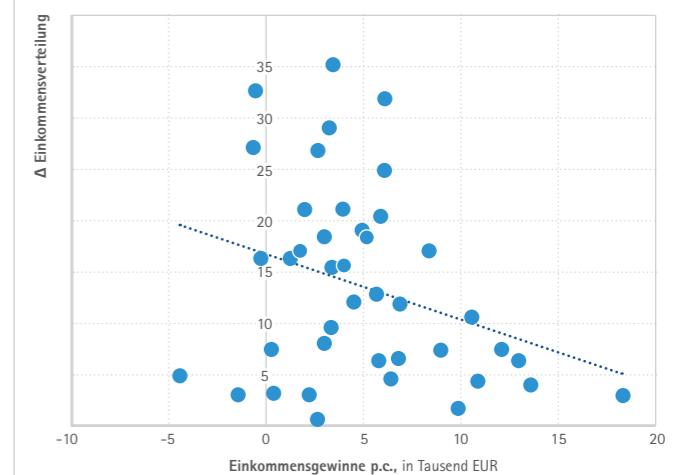


Quelle: Prognos / Bertelsmann Stiftung / Eurostat

Globalisierung

Zusammenhang zwischen Globalisierung und Einkommensverteilung

Absolute Einkommensgewinne je Einwohner durch die zunehmende Globalisierung und Veränderung des Gini-Koeffizienten in den wichtigsten Industrie- und Schwellenländern, 1990-2014



Quelle: Prognos / Bertelsmann Stiftung / WDI

www.prognos.com/globalisierungsreport2016

»Wir brauchen eine Revolution«

Der frühere sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf, 86, über regionale Ungleichheiten in Deutschland und einen Aufstand von unten

Herr Professor Biedenkopf, als Sie 1990 in Sachsen Regierungschef wurden, gab es in Deutschland ein dramatisches Gefälle zwischen Ost und West. Zwischen welchen Regionen gibt es heute frappierende Unterschiede?

Das Ost-West-Gefälle war das Ergebnis der deutschen Teilung. Um die Folgen dieser Zeit zu überwinden, braucht es meiner Meinung nach etwa eine Generation. Bisher ist das im Großen und Ganzen gelungen. Dass es zwischen den westdeutschen Ländern weder damals frappierende Unterschiede gab, noch heute gibt, das gilt zunehmend auch für das geeinte Deutschland.

Sind Sie tatsächlich der Meinung, dass zwischen den alten Bundesländern keine regionalen Unterschiede gab und gibt?

Schauen Sie, Deutschland ist ein Bundesstaat. In ihm ist das föderale Empfinden und Denken tief verankert. Die Verhältnisse können nicht überall gleich sein. Sie sollten es auch nicht. Es geht vielmehr darum, dafür zu sorgen, dass die Grundbedingungen für ein angemessenes Leben überall vorhanden sind.

Ist das heute der Fall?

Ja. Die Lebensverhältnisse sind, wie die Verfassung es anstrebt, weitgehend vergleichbar. Das Leben in einem Dorf in Niederbayern ist anders als in München. Aber es ist nicht schlechter, weil der Lebensstandard statistisch gesehen niedriger ist. Es ist anders. Die Menschen in einem 500-Einwohner-Ort in Brandenburg sind nicht zwangsläufig unglücklicher als die in Berlin. Wie man die Welt bewertet, kommt am Ende auf die Perspektive an.

Mag sein. Fest steht aber auch: Die Städte wachsen, auf dem Land wird es leer. Deutschland verändert sich spürbar. Offenbar empfinden die Menschen viele Unterschiede als ungerecht.

Deutschland hat sich seit Beginn der Industrialisierung im 19. Jahrhundert und durch die Weltkriege und ihre Folgen ständig verändert. Und immer gab es

viele Menschen, die Veränderungen als ungerecht empfanden. Für andere waren sie Chancen. Deutschland ist auch deshalb ein reiches Land, weil es so viele unterschiedliche Lebensmöglichkeiten bietet. Wir müssen uns von der Vorstellung verabschieden, alles müsse gleich sein. Da wir nicht alle gleich sind, sind Ungleichheiten unvermeidlich.

Haben Sie das mal einer Rentnerin aus Niedersachsen erzählt, die 30 Kilometer bis zum nächsten Arzt fahren muss, oder einem Thüringer, der seine Familie nur am Wochenende sieht, weil er zur Arbeit nach Baden-Württemberg pendelt?

Nein. Aber den Sachsen. Sie mussten als Folge der Wiedervereinigung ihr Leben grundlegend ändern. Und glauben Sie mir, viele der Veränderungen wurden von den Betroffenen nicht als Geschenk empfunden. Aber die Menschen wussten, dass ihnen die Veränderungen ein Leben in Freiheit eröffnen. Wenn wir heutzutage über Unterschiede reden, wird oft vergessen, dass die »Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse« seit der Verfassungsreform von 1994 im Zuge der deutschen Einheit nicht mehr im Grundgesetz steht. Nach Artikel 72 Absatz 2 soll der Bund stattdessen für die »Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse« sorgen. Gleichwertig ist aber etwas anderes als gleich oder einheitlich.

Wie Gleichwertigkeit jenseits von Gleichheit garantiert werden kann, ist eine weitgehend offene Frage.

Gleichwertigkeit will gerade nicht Gleichheit. Der Begriff beschreibt die Ganzheit der Lebensverhältnisse, nicht nur ökonomische Dimensionen. In der DDR sind die damaligen Machthaber an dem Versuch gescheitert, die Unterschiede im Land einzuebnen. Es ist nicht sinnvoll, dieses Experiment zu wiederholen. Kein freies Land kann den Gleichheitsanspruch einlösen, ohne sich zu zerstören.

Viele Bürger sehen das anders. Sie haben eher das Gefühl, so viele Steuern und Abgaben zu zahlen wie kaum eine Generation zuvor – und erwarten dafür eine

Gegenleistung des Staates.

Gefühle sind keine Tatsachen. Tatsächlich hat der Staat den Bürgern in den vergangenen Jahrzehnten mehr zurückgegeben als sie ihm gezahlt haben. Er hat sich dafür immer höher verschuldet. Das geht zu Lasten kommender Generationen. Ich verstehe nicht, warum die Mehrheit immer noch überzeugt ist, der Staat könne all ihre Probleme lösen: für Arbeit sorgen, umfassende soziale Sicherheit gewähren, die Kinder erziehen oder im Alter den Lebensstandard sichern. Der Staat hat schon mit der Bewältigung der existenziellen Herausforderungen alle Hände voll zu tun. Er muss sich entweder begrenzen oder wird früher oder später als freiheitlicher Staat scheitern. Mit dem Begriff Staat sollten wir im Übrigen behutsamer umgehen.

Das müssen Sie erklären.

Staat bezeichnet die rechtliche Organisation des Gemeinwesens, seine Werte und Organe. Nicht der Staat gestaltet die Politik, sondern die staatlichen Gewalten: Parlament, Regierung, Gerichte. Sie handeln. Sie sind verantwortlich. Ihre Macht geht »vom Volke aus«. Wo wir immer von Staat reden, spricht man im Englischen viel zutreffender von Government. Wer in Deutschland Staat sagt, meint vielfach Vater Staat. Tatsächlich reduziert das freie Bürger zu unmündigen Kindern, Untertanen. Und so fühlen sich dann viele auch.

Um in Ihrem Bild zu bleiben: Wie kommen wir zu einem Staat, der seine Kinder machen lässt?

Wir brauchen eine Revolution.

Wie bitte?

Wir brauchen eine Revolution unseres Denkens. Sie muss uns aus der Rolle der Untertanen befreien, in der wir die Verantwortung für unser Dorf, unser Land und unser Gemeinwesen dem Staat überlassen und ihm dafür einen Teil unserer Freiheit übertragen. Diese Erneuerung muss von unten kommen: von den Kommunen.



Der Jurist, Hochschullehrer und CDU-Politiker Kurt Biedenkopf war zwölf Jahre Ministerpräsident in Sachsen. Der frühere britische Außenminister Geoffrey Howe nannte ihn »einen der besten Kanzler, die Deutschland nicht hatte.«

Hat diese Revolution, wie Sie es nennen, bereits begonnen?

Im Gegenteil. Unsere staatliche Ordnung wird immer zentralistischer, bürokratischer, anonymer. Die Vielfalt der Gesellschaft spiegelt sie nicht mehr wider. Denn die kann man politisch vor allem dort abbilden, wo sie stattfindet: auf kommunaler Ebene. Die Kommunen haben sich jedoch eher zur administrativen Verlängerung der nächsthöheren staatlichen Ebene entwickelt. Die Folge: Ihnen fehlen Eigenständigkeit, ausreichende Einnahmen und Handlungsspielräume, um ihre Aufgaben zusammen mit ihren Bürgern gerecht werden zu können.

Warum bekommen sie dann nicht mehr Aufgaben und mehr Geld?

Weil Landtage und Bundestag kaum bereit sind, Zuständigkeiten ohne finanzielle Zügel an die Kommunen abzugeben. Mit der Revolution, die ich meine, sollen sich die Kommunen ihre verlorenen Gestaltungsräume zurückerobern.

Wie stellen Sie sich das vor?

Die Kommunen müssen mehr Verantwortung übernehmen. Ohne Verantwortung keine Freiheit. Sie müssen darauf bestehen, ihre Aufgaben mit eigenen Einnahmen selbst zu finanzieren. Sie sollten Aufgaben von oben nur übernehmen, wenn diese auch von oben finanziert werden und ihre Bürger mitbestimmen können.

Lassen Sie uns konkret werden: Was müsste ein Bürgermeister Ihrer Meinung nach am dringlichsten tun?

Umdenken. Viele reden davon, sie wollten die Bürger mitnehmen. Aber wohin

denn bitte? Wir brauchen mehr Geduld und mehr Mut aber auch mehr Demut gepaart mit der Einsicht, dass Politiker nicht liefern sollen, was ihre Wähler gerne hätten. Die Verfassung garantiert ihnen gerade deswegen Unabhängigkeit, damit sie das Notwendige tun, auch wenn es unpopulär ist. Nur so dienen sie den Menschen.

Moment mal. Dienen Politiker dem Wähler nicht, wenn sie ihm liefern, was er will?

Jedenfalls dienen sie den Menschen nicht, wenn sie sich von Wahlen abhängig machen. Und ihrem Auftrag dienen sie nicht, wenn sie ihren Wählern verschweigen, welche Folgen die Erfüllung ihrer Wünsche hätte. Doch dafür muss man auch Neinsagen können. Und erklären, warum eine Kommune dieses oder jenes nicht leisten kann.

Und was kann sie leisten?

Um das herauszufinden, sollte ein Bürgermeister nicht von den Wünschen ausgehen, sondern von der Wirklichkeit, den vorhandenen Ressourcen und der absehbaren Zukunft. Im nächsten Schritt sollten er mit seiner Stadtregierung und der Bürgergesellschaft eine Prioritätenliste erstellen. Da zeigt sich schnell, wo die Forderungen an Grenzen stoßen. Und deshalb muss es am Ende eine Begrenzungen geben. Das ist eine schwierige Aufgabe. Aber nur Klarheit, Wahrheit und Standvermögen können verlorenes Vertrauen erneuern.

Das Problem ist doch: Sie können den Leuten als Politiker ja offen sagen, dass sie ihnen dienen wollen. Dass sie ihnen nicht alle Wünsche erfüllen werden. Und dass die Menschen deshalb selbst

über die Prioritäten entscheiden müssen. Aber: Dann werden sie nicht gewählt.

Wer gewinnen will, muss ein Risiko eingehen – das Risiko, mit den Menschen ehrlich darüber zu reden, wie die Dinge sind, was notwendig ist und was getan werden muss. Dafür muss man stehen, auch wenn sie dann vielleicht einen anderen wählen. Und wenn sie während ihrer Amtszeit ehrlich und mutig waren, werden sie auch vor der Wahl über das Notwendige reden können, ohne abgewählt zu werden.

Lassen sich Wahlkämpfe gewinnen, indem man Illusionen zerstört?

Es geht nicht um Zerstörung. Es geht um die Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit. Den Weg freizumachen für neue Herausforderungen. Die Mehrheit der Bevölkerung kennt diese Wege nicht, solange sie durch alte Besitzstände verstellt sind. Damit das gelingt, müssen sie den Bürgern auch sagen, was diese in der Vergangenheit geleistet haben. Sie können Menschen nicht dafür gewinnen, auf Illusionen zu verzichten, wenn sie ihnen nicht gleichzeitig vor Augen führen, was sie bewegen können.

Hat das im Mikrokosmos Sachsen funktioniert?

Die Sachsen haben ihre Regierung auch in der ersten und zweiten Wiederwahl mit einer absoluten Parlamentsmehrheit ausgestattet – trotz vieler Zumutungen.

Die Fragen stellten Christian Böllhoff und Felizitas Janzen.

Eine gute Idee...

Für mehr Chancengleichheit braucht es gute Ideen. Sechs Prognos-Expertinnen und Experten aus verschiedenen Fachbereichen skizzieren ihre Ideen für Gruppen, die schlechtere Startbedingungen haben.

... für besseres Lernen durch Online-Angebote

Digitales Lehren und Lernen macht Wissens- und Informationsvermittlung zeitlich und räumlich unabhängig. Das bietet Menschen, die andernfalls nicht studieren oder lernen könnten, neue Möglichkeiten. Zwei Beispiele: Aufgrund fehlender finanzieller oder zeitlicher Ressourcen, Sprachkenntnisse oder Dokumente können Geflüchtete oft nicht studieren.

Die Kiron University hat ein weltweit übertragbares Modell geschaffen, das Geflüchteten ermöglicht, online ein Studium

zu beginnen und es an einer lokalen Partneruniversität fortzuführen.

Nachhilfestunden sind teuer. Die Khan Academy bietet online und kostenlos Aufgaben, Lehrvideos und ein personalisiertes Dashboard. Das ermöglicht es gerade finanziell benachteiligten Schülern, außerhalb der Schule zu lernen.

Diese und ähnliche Instrumente verbessern Bildungschancen. Die Beispiele zeigen, dass einzelne zivilgesellschaftliche Initiativen diese Potenziale bereits nutzen. Für mehr Breitenwirksamkeit müssen

die vielen guten Instrumente gebündelt, strategisch zusammengeführt und bekannt gemacht werden. _



Claudia Münch

claudia.muench@prognos.com

... für faire Bedingungen in Unternehmen

Chancenungleichheit hat sich in den Strukturen und Routinen in Unternehmen verfestigt – aber sie beginnt in unseren Köpfen und trifft Männer und Frauen. Kleiner Test: Denken Sie einmal die Sätze „Frauen sind...“, „Männer sind...“ zu Ende und tauschen Sie die gedachten Eigenschaften. Beispielsweise: „Frauen sind durchsetzungsfähig, selbstsicher...“, „Männer sind sozial kompetent, kommunikationsstark...“. Klingt komisch? Kann aber so sein! Typisch männlich, typisch weiblich – gesellschaftliche Annahmen

fließen in Stellenbewertungen, Beurteilungen von Kompetenzen und Arbeitsleistungen und in berufliche Entwicklungsmöglichkeiten ein. Wie können Entscheider in Unternehmen, Behörden und Verbänden das umgehen? Ein guter Ansatz wären Konzepte, wie sie in der Managementberatung etabliert sind. Sie könnten Prozesse, Strukturen und die dahinterliegenden Einstellungen sowie die Kommunikation darüber verbessern. Als Einstieg eignet sich die 4-R-Methode: representation (Wer ist betrof-

fen?), resources (Welche Unterschiede gibt es?), reality (Welche Bedingungen herrschen?) und rights (Welche Regeln/Rechte bestehen?) _



Dr. Dagmar Weßler-Poßberg

dagmar.wessler-possberg@prognos.com

... für die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen

Die Zahngesundheit von Kindern hat sich in den letzten Jahrzehnten deutlich verbessert. Heute haben über 80 Prozent der Zwölfjährigen ein kariessfreies Gebiss. Anfang der 1990er-Jahre waren es 13 Prozent. Auch Kinder aus benachteiligten Familien haben heute gesündere Zähne. Aber: 88 Prozent der Kinder mit hohem Sozialstatus sind kariessfrei – und nur 75 Prozent mit niedrigem. Für alle gilt: Früh übt sich! Studien zeigen: Je früher Kindern beigebracht wird, Mund und Zähne zu pflegen, desto weniger Probleme ha-

ben sie später. Wie Kinder das am besten lernen? Durch praktisches Tun. Das heißt für Kitas und Schulen: zusammen Zähneputzen und immer wieder zeigen, wie es geht. Gerade für Kinder aus benachteiligten Familien ist dies wichtig, damit Gelerntes zu Hause alltäglich wird. Leider gehen die Zahnpflegeaktivitäten in vielen Einrichtungen aufgrund von Personal- und Zeitmangel zurück. Es gilt daher, bestehende Vorsorgeprogramme zu fördern und unterschiedliche Themen miteinander zu verknüpfen: So gehört zu

einem gesunden Mund auch eine gesunde Ernährung. Darüber hinaus kann digital, beispielsweise mit der App „Zahn-Helden“, unterstützt werden. _



Markus Anders

markus.anders@prognos.com

... für mehr Beteiligung vulnerabler Gruppen

Der Staat hat einen besonderen Fürsorgeauftrag für sogenannte verletzbare (vulnerable) Personengruppen. Dazu zählen beispielsweise Senioren, Wohnungslose, Menschen mit Beeinträchtigungen, Migranten oder auch unspezifischere Gruppen wie Jugendliche, Verbraucher oder Versicherte. Sie haben Anspruch auf passgenaue Unterstützung. Aber was passt genau, findet Akzeptanz und wirkt im Sinne eines Empowerments? Was stärkt die Menschen und ermöglicht es ihnen, selbstbestimmt und autonom zu leben? Hier hilft die Expertise der Betroffenen in ei-

gener Sache. Insbesondere für die Politik ist ihre Einbindung daher ein wichtiges Paradigma. Dieser Ansatz funktioniert auf jeder Ebene – er ist für die geplante Rampe am Rathaus ebenso sinnvoll wie für die Einrichtung eines Jugendtelefons oder für ein Gesetzesvorhaben. Ernst gemeinte Partizipationsformate müssen den Zielgruppen entsprechend gestaltet und niederschwellig sein. Es muss transparent sein, wie Beteiligung abläuft und wie mit Ergebnissen umgegangen wird. Agendakonferenzen, Zukunftswerkstätten, aktivierende Befragungen oder Fokusgruppen und Internetblogs sind ge-

eignete Formate, wenn sie professionell gestaltet sind. Außerdem sind erfahrene und empathische Moderatoren gefragt, die neutral zwischen divergierenden Interessen vermitteln können. _



... für neue Chancen für Langzeitarbeitslose

Wenn Menschen lange nicht mehr oder noch nie erwerbstätig waren, steht ihrer Berufstätigkeit häufig einiges entgegen – seien es mangelnde Qualifizierung, eingeschränkte Mobilität, familiäre Konflikte oder psychische und physische Beeinträchtigungen. Das erfordert eine kontinuierliche, individuelle Betreuung. In den Jobcentern kann dies nur begrenzt geleistet werden. Arbeitsprozesse und Strukturen stammen dort teilweise noch aus der Zeit der „vollen Flure“, ausgerichtet auf die Verwaltung von Massenarbeitslosigkeit. Doch längst sind die Flure leerer geworden. Es kommen weniger Kunden,

aber deren Fälle sind häufig knifflig. Gestärkt werden müssen daher vor allem die Teams zur Integration von Langzeitarbeitslosen. Erste Erfahrungen zeigen, dass es sich lohnt, wenn einzelne Mitarbeiter eines Jobcenters eine geringere Zahl von Arbeitslosen intensiv betreuen. Auch für die Arbeitssuchenden selbst ist der direkte Zugang wichtig. Doch selbst dann können die Mitarbeiter die verschiedenen Probleme oft nicht alleine lösen. Sie müssten systematisch auf weitere Unterstützungsangebote wie zum Beispiel Sozialberatungsstellen oder kommunale Familienhilfe zurückgreifen. Wenn die

Institutionen kooperieren, wenn beispielsweise die Kommune eine Kinderbetreuung und das Jobcenter eine Qualifizierung organisiert, dann werden die Leistungen besonders effizient genutzt. _



... für einen Dialog auch mit leisen Stimmen

Jeder Beteiligungsprozess ist geprägt von Diskussionen mit teils gegensätzlichen Meinungen. Die Beteiligten reden häufig aneinander vorbei, sprechen nicht mit, sondern übereinander. Oft dominieren einzelne Gruppen, die ihre Partikularinteressen lautstark und medienwirksam vertreten. Sie sind gut vernetzt und kennen sich mit Protestmechanismen aus. Doch immer gibt es auch „leise Menschen“. Vielleicht haben sie eine weniger explizite Haltung, setzen sich für Umweltschutz ein, verstehen aber auch die Anliegen der örtlichen Wirtschaft, sind besorgt um ihre Sicherheit, wissen aber, dass neue Gefängnisse nun ein-

mal irgendwo stehen müssen. Vielleicht sind sie schon älter oder neu zugezogen und unsicher, wie sie sich einbringen können. Es gilt, diese Menschen bei der Artikulation ihrer Interessen zu unterstützen und sie für eine konstruktive Mitarbeit zu aktivieren. Eine ernstgemeinte Bürgerbeteiligung beginnt frühzeitig und beinhaltet Dialogangebote, die den Menschen dort gemacht werden, wo sie leben, arbeiten oder ihre Freizeit verbringen. Alle Meinungen werden gehört. Hilfreich sind Kleingruppenformate wie die von Prognos entwickelten Dialoginseln mit Diskussionen zwischen zwei bis drei Beteiligten statt im vollbe-

setzten Plenum. So trauen sich alle, ihre Anliegen einzubringen, auch wenn diese nicht der vermeintlichen Mehrheitsmeinung entsprechen. Dadurch erreichen wir die Beteiligungsgleichheit aller Interessierten und erfahren von diesen ein positives Feedback. _



Blick in die Medien: Rente – Eine Zahl mit elf Nullen

Wie ist es um die Zukunft der gesetzlichen Rente bestellt, wollte DER SPIEGEL wissen. Prognos lieferte die Antworten.

Eine Rentnerin schiebt sich mit ihrem Rollator durch einen heruntergekommenen Stadtteil. Sie trägt eine Nylonjacke, gesteppt. Schal. Strickmütze. Den Kopf hält sie gesenkt; der Blick tastet sich nur ein, zwei Meter voran, dorthin, wo Unebenheiten am Boden lauern, zersplitterte Bierflaschen und alte Coffee-to-go-Becher. Von einem Großflächenplakat, an dem sie vorbeiläuft, lacht eine junge Werbefamilie ihr Werbelachen auf die alte Frau herunter. Das könnte verächtlich wirken. Tut es aber nicht. Denn das Plakat löst sich von der Wand. Es hat Risse. Die Risse zerschneiden die lachenden Gesichter. Alles ist besprüht und mit Stiften beschmiert.

Es ist dieser triste Alltagsmoment in Schwarz-Weiß, den sich die Redaktion des SPIEGEL ausgesucht hat, um in der Ausgabe von Anfang August 2016 einen Artikel über die Renten zu illustrieren. Überschrift: „Das 600-Milliarden-Ding“. Auf fünf Seiten zeigen die Autoren Cornelia Schmergal und Ruben Rehage, was es kostet, würden die Reformvorschläge von Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) oder SPD-Chef Sigmar Gabriel umgesetzt und das Rentenniveau dauerhaft auf heutigem Niveau eingefroren. Die Berechnungen dazu lieferte Prognos.

Das Ergebnis: „Auf die Steuer- und Beitragszahler werden immense Kosten zukommen, wenn diese Vorschläge umgesetzt werden“, sagt Prognos-Rentenexperte Dr. Oliver Ehrentraut. Die Mehrausgaben könnten sich bis 2040 auf fast 600 Milliarden Euro belaufen. Drei Viertel der Summe müssten die Beitragszahler tragen, den Rest die Steuerzahler durch einen höheren Bundeszuschuss und Mehrausgaben für Kindererziehungszeiten.

Der Blick in die Zukunft zeigt das Dilemma der Rentenkasse: Derzeit liegt das Sicherungsniveau netto vor Steuern noch bei 48 Prozent eines Durchschnittseinkommens. Bis 2030 wird es auf 44 Prozent sinken, um dann bis zum Jahr 2040 auf unter 41 Prozent zu fallen.

Gleichzeitig nimmt der Druck auf die Beiträge zu. Aktuell liegt der Satz zur gesetzlichen Rentenversicherung bei 18,7 Prozent der beitragspflichtigen Entgelte. Bleibt es bei der heutigen Gesetzeslage, steigt er bis 2040 auf 23,7 Prozent. Um am derzeitigen Rentenniveau festzuhalten, müssten es sogar 26,6 Prozent sein. Die Mehrbelastung für einen durchschnittlichen Arbeitnehmer läge dann bei 768 Euro pro Jahr.

Ist das vernünftig? „Im beginnenden Wahlkampf“, schreiben Schmergal und Rehage, „geht es nicht um Vernunft, sondern um Mehrheiten – und die sind in einer alternden Bevölkerung nun einmal eher bei der betagten Klientel zu holen, die es verlässlich an die Wahlurne zieht.“ Wer die Renten der Älteren sichern will, müsse die junge Generation stark belasten und tue damit trotzdem nichts gegen die drohende Altersarmut, so lautet ihr Fazit. „Den Jungen nehmen, um den Alten zu geben: Das ist die Dialektik der Rentenmathematik, in der die einen eine Attacke gegen die nachfolgenden Generationen und die anderen eine sozialpolitische Notwendigkeit sehen. Denn längst ist die Angst vor dem Alter in der Mitte der Gesellschaft angekommen.“

Dabei muss das Sicherungsniveau nicht unbedingt per Verteilungskampf zwischen den Generationen stabilisiert werden. Dazu zitiert der SPIEGEL Prognos-Chefökonom Dr. Michael Böhmer: „Der Schlüssel zur Vermeidung von Altersarmut liegt in der Vermeidung von Erwerbsarmut.“



Der Chefökonom des Prognos-Instituts hält sich mit kleinen Zahlen selten auf. Wenn Michael Böhmer rechnet, dann hantiert er nicht mit Millionen, sondern mit vielen Milliarden. Böhmer ist Fachmann für die Rente – und hier gilt das Prinzip, dass jedes Drehen an winzigen Schraubchen am Ende riesige Summen bewegt. „Große Zahlen erschrecken mich nicht“, sagt er. Im Gegenteil. Sie sind sein Geschäft.

Wer wissen will, wie es in Zukunft um die gesetzlichen Rentenfinanzen bestellt ist, der fragt bei den Experten des Basler Thinktanks nach. In der deutschen Politik hat das Tradition. Das Prognos-Institut hat für die Bundesregierung schon Vorhersagen über Beitragssätze und Rentenhöhe erstellt, als die Sozialminister noch Norbert Blüm oder Walter Riester hießen. Und beinahe jedes Mal, wenn die Prognos-Experten einen Blick in die Zukunft warfen, folgte irgendwann eine große Reform: das Ende der sogenannten Frühverrentung in den Achtzigerjahren, Blüms demografischer Faktor in den Neunzigern oder Riesters neue Privatvorsorge zu Beginn des Jahrtausends.

Nun diskutiert das Land wieder über einen großen Eingriff. Nur handelt es sich dieses Mal um eine Operation unter anderen Vorzeichen. Um eine, bei der es nicht darum geht, die Lasten einer alternden Gesellschaft gerecht zwischen den Generationen zu verteilen, sondern darum, die Senioren komfortabler auszustatten. Zur Diskussion steht die Rückabwicklung vergangener Reformen.

An eine Sommerpause ist in diesem August nicht zu denken. Die Parteiführer sinnen über ihre Angebote für den beginnenden Bundestagswahlkampf nach, und zwei von ihnen sind bereits fündig geworden. SPD-Chef Sigmar Gabriel liebäugelt genau wie sein CSU-Kollege Horst Seehofer damit, die grau melierte Wählerschaft mit üppigen Rentenversprechen an die Wahlurne zu locken. Sie stehen unter Beobachtung.

Am vergangenen Montag erst mahnte Ver.di-Chef Frank Bsirske: „Es kann nicht sein, dass man nach jahrzehntelanger Arbeit mit der Rente nicht anständig über die Runden kommt.“ Das Sicherungsniveau müsse stabilisiert und angehoben werden. Es handelt sich um mehr als ein persönliches Mantra des ältesten Gewerkschaftsvorsitzenden im DGB: Nach der Feriensaison startet der Dachverband eine Kampagne, um den Druck noch einmal zu erhöhen. Im Raum steht eine Idee, die ausgesprochen teuer werden könnte.

An diesem Sommertag leuchtet auf Böhmers Bildschirm eine Zahl mit elf Nullen auf, mehr als eine halbe Billion Euro. Es ist eine erschreckende Prognose. Wäre es nicht so heiß draußen und wäre man bei Prognos das Geschäft nicht schon so lange gewohnt, dann müsste man eigentlich einen Schnaps trinken.

Über Wochen haben Böhmer und sein Kollege Oliver Ehrentraut für den SPIEGEL gerechnet. Am Ende steht dabei die Erkenntnis: Würde man das Rentenniveau tatsächlich auf dem heutigen Niveau einfrieren, könnte das die Steuer- und Beitragszahler bis zum Jahr 2040 die unglaubliche Summe von insgesamt fast 600 Milliar-

Bildung braucht weniger Bruchstellen

Damit noch mehr junge Menschen ihre Potenziale nutzen können, sollten Zu- und Übergänge auf ihrem Bildungsweg gezielter begleitet werden. Helfen könnte eine noch bessere Koordination im (und rund um das) Bildungssystem.

Gesamtgesellschaftlich kommt erfolgreichen und individuell passfähigen Bildungswegen eine große Bedeutung zu: Sie dienen der Sicherung und Weiterentwicklung des Fachkräftepotenzials und fördern die Nutzung aller Talente. Doch es zeigt sich immer wieder, dass die soziale Herkunft wesentlich über Bildungszugänge entscheidet.

Noch immer macht es einen Unterschied, ob bereits die Eltern über höhere Bildungsabschlüsse (insb. einen Studienabschluss) verfügen oder nicht. Unterschiede im Hinblick auf den Migrationshintergrund sind wiederum meist eng an die soziale Herkunft gekoppelt. Bildungsaspirationen, also die Erwartungen und Bestrebungen bezüglich Bildungswegen und -abschlüssen, sind vielfältig – bei Personen mit und ohne Migrationshintergrund. Die Statistik zeigt, dass hier bei vergleichbarem sozialem Hintergrund kaum signifikante Unterschiede aufgrund der ethnischen Herkunft bestehen. Gleichzeitig erschweren jedoch (un-)bewusste Kategorisierungen und Vorurteile weitere (berufliche) Entwicklungen.

Diese Erkenntnisse sind nicht neu, die Analyse liegt differenziert vor. Die gegenseitige Beeinflussung und Überlagerung von Faktoren – die Mechanismen, die letztlich die „ungleichen“ Bildungschancen im Alltag ausmachen – sind jedoch schwer greifbar. Fördernd oder hindernd wirken etwa persönliche und soziale Potenziale und Problemlagen, (nicht) vorhandene Bildungseinrichtungen, die Umstände am Wohnort oder Stereotype im Familien-, Lern-, und Jobumfeld.

Einerseits wurden in den vergangenen Jahren etliche Maßnahmen ergriffen, um die Bildungsstrukturen und -systeme aus- bzw. umzugestalten. Andererseits häufen sich insbesondere bei (sozial) schwächeren Schülern und Schülerinnen komplexe Problemlagen. Es gibt zwar bereits vielfältige Unterstützungsstruk-



Reibungslose Zu- und Übergänge sind für junge Menschen entscheidend. Bruchstellen gilt es konsequent zu überwinden.

turen wie etwa Schul- und Jugendsozialarbeit, Lotsen, Paten und ähnliches. Doch gleichzeitig existieren teils intransparente Multiakteurskonstellationen mit verschiedenen Anlaufstellen und Ansprechpersonen, unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und Rechtskreisen. Zudem ist die Flächendeckung unzureichend.

Ein vielversprechender, wenn auch komplexer Ansatz zur Verbesserung: abgestimmte und verbindliche überinstitutionelle Zusammenarbeit bei gleichzeitiger Kontinuität von Ansprechpersonen und Koordination von Unterstützungsstrukturen. Ein Beispiel: Zwar mag ein Beratungsangebot zur Berufswegeplanung intrainstitutionell gut aufgesetzt sein. Doch es wird ein isolierter Stimulus bleiben, wenn es andere Akteure und Ansätze nicht einbezieht, die zum selben Thema und ggf. sogar mit denselben Jugendlichen arbeiten.

Was ist zur Verbesserung notwendig? Das Aufbrechen von gewachsenen Strukturen sowie einzelinstitutionellen Zielen und Routinen, übergreifende Kennzahlen und nicht zuletzt Kooperationsbereitschaft der handelnden Personen.

All das betrifft nicht nur Übergänge in den Beruf und bereits fokussierte Ansätze wie etwa Jugendberufsagenturen, sondern sämtliche „Bruchstellen“ und „Übergänge“. Eine bruchlose Begleitung von Übergängen kann dabei nicht nur hehres Ziel sein. Dauerhafte und verlässliche Netzwerke benötigen kontinuierliche (Zusammen-)Arbeit und Vertrauen in die Partner. Ebenso wie beim Vertrauensaufbau mit der Zielgruppe, bedarf es auch bei den vielfältigen Akteuren im schulischen bzw. weiterführenden (Aus-)Bildungsbereich gemeinsamer Bezugspunkte: übergreifend vereinbarte Ziele, Meilensteine und Perspektiven sowie insbesondere positive Erfahrungen zum Mehrwert der Zusammenarbeit. _



Susanne Heinzelmann

susanne.heinzelmann@prognos.com

Vor Ort ist, was zählt: Regionalpolitik ändern!

Viele Regionen müssen im Umgang mit dem Strukturwandel erfolgreicher werden, wenn sie ihren Bürgern und Unternehmen auch künftig Perspektiven bieten wollen. Eine neue Chancenkultur könnte ihnen dies ermöglichen.

Wohlstand und Wirtschaftskraft sind deutschlandweit sehr unterschiedlich verteilt. Einige Regionen sind von einer funktionierenden Wirtschaft, einer geringen Arbeitslosigkeit und einer gut ausgebildeten regionalen Infrastruktur geprägt. In anderen Regionen ist geradezu das Gegenteil der Fall. Aus diesem Grund kommt der Regionalpolitik als Teil einer allgemeinen Wirtschaftspolitik eine wichtige Rolle zu. Das Ziel: Eine ausgewogene regionale Entwicklung im Land. Zwei Anforderungen an eine gute Politik für Regionen sind zu beachten:

- I. Sie muss der Heterogenität regionaler Ausgangsbedingungen Rechnung tragen, um den vielfältigen Anforderungen vor Ort gerecht werden zu können.
- II. Strukturschwäche und Strukturstärke sind das Ergebnis von erfolgreich bzw. weniger erfolgreich begleiteten Strukturwandelprozessen. Eine Politik für Regionen muss deshalb vor allem die Fähigkeit der Regionen erhöhen, den strukturellen Wandel zu gestalten. Diese Fähigkeit ist umso eher gegeben, desto besser es den regionalen Akteuren gelingt, Innovationen zu kreieren.

Chancen und Stärken der einzelnen Regionen müssen im Mittelpunkt der Regio-

nalpolitik stehen, und die Regionalpolitik muss unterschiedlichste, individuell zugeschnittene Strategien und Instrumente vor Ort zulassen. Dafür muss die regionale Ebene eine besondere Bedeutung erhalten.

Politikangebote auf der Instrumentenebene sind zahlreich. Aber ein Problem ist, dass im deutschen Mehrebenensystem die einzelnen Politiken (zum Beispiel Wirtschaft, Innovation, Arbeit, Beschäftigung, Bildung, Infrastruktur) auf der räumlichen Ebene nicht hinreichend koordiniert und integriert eingesetzt werden.

Das Prinzip beziehungsweise die Strategie der intelligenten Spezialisierung ist bestens geeignet, um die genannten Anforderungen an die Politik zu berücksichtigen. Vertikal können die vorhandenen Stärken und Chancen spezifisch gefördert werden, horizontal können übergeordnete Politikziele verschiedener Ressorts unterschiedlicher Ebenen auf der regionalen Ebene koordiniert werden. Ganz nebenbei würden damit die Regionen zukunftsfähiger: Regionale Akteure können mutige Innovationsziele setzen und zum „Querdenken“ animieren. Allzu häufig verharren sie noch beim Alten, denn Innovation bedeutet immer Unsicherheit. Das muss künftig besser überwunden werden! Gelingen wird es mit der richtigen Innovationskultur.

Weniger innovative Regionen streben nach Absicherung. Risikoaversität ist ein häufiges Phänomen in herkömmlichen regionalen Entwicklungskonzepten. Innovation-Leader fördern dagegen Experimente und tolerieren Fehler innerhalb eines bestimmten Rahmens. Eine solche „Gestalterkultur“, bei der regionale Akteure aktiv Initiativen entwickeln und vorantreiben, ist jedoch die Ausnahme, obwohl alle Regionen visionäre Strategien brauchen – sie sind die Grundlage einer chancenorientierten Innovationskultur. Richtig formuliert haben sie eine klare Signalwirkung für alle Akteure vor Ort.

Im Sinne der Regionen wäre es daher, die versäulten Politiksysteme zwischen Europäischer Union, Bund, Ländern und Regionen im Multilevel-Governancesystem besser zu koordinieren. Die Stärkung und Einführung neuer Governancestrukturen, die Innovationen und eine Chancenkultur verstärken, ist hierfür entscheidend. _



Dr. Olaf Arndt
olaf.arndt@prognos.com

Impressum

Herausgeber:

Prognos AG
Unternehmenskommunikation
Henric Petri-Str. 9
4010 Basel | Schweiz
Telefon: +41 61 32 73-310
Fax: +41 61 32 73-300
E-Mail: info@prognos.com
www.prognos.com
twitter.com/prognos_ag

Hinweise:

Auszug/Nachdruck bei Nennung der Quelle gestattet.
www.prognos.com/trendletter

Redaktionsleitung

Felizitas Janzen

Redaktionsteam

Dr. Michael Böhmer, Dr. David Juncke,
Dr. Almut Kirchner, Tina Obwald

Mitarbeit

Jan Braukmann (S.13), Holger Bornemann (S.20), Jens Hobohm (S.11), Peter Kaiser (S.20), Dr. Stefan Moog (S.7), Katrin Richert, Friedrich Seefeldt (S.11), Michael Wasner, Antonia Wentrot, Heike Winter-Hamerla

Druck:

Druckerei Arnold Berlin

Auflage & Vertrieb:

Print: 8.000 Exemplare; Digital: 12.000 Leser

Konzept, Produktion & Illustrationen:

STÜRME & DRÄNGER – Visuelle Kommunikation

Bildnachweise:

Titelbild: Konzeption & Gestaltung STÜRME & DRÄNGER | Bild: GettyImages – Vladimir Godnik bearbeitet STÜRME & DRÄNGER Seite 3, 6, 7, 11, 16, 17, 19, 20: © FOTOS Annette Koroll, Seite 4: © istock – posteriori, © picture alliance, © LICHTWERKE DESIGN FOTOGRAFIE, Seite 6: © istock – posteriori, Seite 8: © picture-alliance / Eventpress Mueller-Stauffenberg, © picture alliance / BREUEL-BILD, © Fotostudio Bildschön, Potsdam, Seite 9: © Renate Schmidt, © Sylvia Schenk, © dsgv.de, © picture-alliance / ZB, Seite 11: © picture alliance, Seite 15: © LICHTWERKE DESIGN FOTOGRAFIE, Seite 18: © SPIEGEL 32/2016, Seite 19: © iStock – william87, Seite 23: © IHK Mittlerer Niederrhein, © vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, © Yvonne Amankwa Photography, © BMJV/Habig, © bayme vbm, © BMFSFJ

Blick in unsere Projekte

Migrantenunternehmen sind Jobmotor für Deutschland

Unternehmer mit ausländischen Wurzeln sorgen für hohe Beschäftigung in Deutschland. Die Prognos-Studie „Migrantenunternehmen in Deutschland zwischen 2005 und 2014“ für die **Bertelsmann-Stiftung** beziffert diese ökonomische Bedeutung: Die Anzahl von Arbeitsplätzen, die durch Unternehmer mit Migrationshintergrund geschaffen wurden, stieg um 36 Prozent. Gleichzeitig ist auch die Zahl selbstständiger Unternehmer mit ausländischen Wurzeln um ein Viertel gestiegen. Die Autoren zeigen, dass vor allem das Bildungsniveau eine wichtige Rolle spielt: Je höher qualifiziert die Menschen mit Migrationshintergrund sind, desto höher ist die Selbstständigquote und die ökonomische Bedeutung der Migrantenunternehmen. [_](#)

Auftraggeber:

Bertelsmann Stiftung

Kontakt:

andreas.sachs@prognos.com
www.prognos.com/migrantenunternehmen

Wie Hochschulen erfolgreich online werben

Für den **DAAD** suchte Prognos nach Best-Practice-Beispielen, um herauszufinden, welche innovativen Wege Hochschulen gehen, wenn sie neue Talente für sich gewinnen möchten. Die Studie „Weltweit und virtuell – Aus dem digitalen Hochschulmarketing“ zeigt die große Bandbreite der Instrumente, die Universitäten im internationalen Hochschulmarketing nutzen: von der Website über Apps und Social Media bis hin zu digitalen Lehr- und Lernformaten und Customer-Relationship-Management-Systemen. Die Studienautoren weisen auf die Notwendigkeit hin, Digitalisierung ganzheitlich, nämlich als Teil der Hochschulstrategie, zu denken. Für die Recherche sprachen sie vor allem mit deutschen und europäischen Hochschulen. [_](#)

Auftraggeber:

DAAD Deutscher Akademischer Austauschdienst
German Academic Exchange Service

Kontakt:

claudia.muench@prognos.com
www.prognos.com/hochschulmarketing

Künstler und Kreative in NRW fördern

75 Prozent der Künstler in NRW sehen ihren „beruflichen Wunschstandort“ in ihrem Bundesland. Um ihnen hier tatsächlich eine Zukunftsperspektive zu bieten, müssen jedoch einige Standortbedingungen verbessert werden. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung von Prognos. Zwar punktet das Land mit einer „Experimentierkultur“, bietet aber zu wenig geeignete Arbeitsräume für Künstler und Kreative. Um den Wunsch der rund 21.000 hier studierenden Künstler und Kreativen aufzugreifen, hat das **NRW-Kulturministerium** auf Basis der Prognos-Studie ein neues Instrument entwickelt, das auf Basis der Prognos-Studie ein neues Instrument entwickelt, das die individuellen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Künstler verbessern soll. [_](#)

Auftraggeber:

ecce european
centre for
creative
economy

Ministerium für Familie, Kinder,
Jugend, Kultur und Sport
des Landes Nordrhein-Westfalen



Kontakt:

kathleen.freitag@prognos.com

Kreislaufwirtschaft ist mehr als nur die Müllabfuhr

Die Kreislaufwirtschaft hat eine deutlich größere Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft als bisher angenommen. Das ist das Ergebnis einer Prognos-Analyse für die **Verbände der Branche**. Laut der Studie „Branchenbild der deutschen Kreislaufwirtschaft“ erzielen 11.000 Unternehmen des Wirtschaftszweiges rund 70 Milliarden Euro Umsatz pro Jahr bei einer Bruttowertschöpfung von fast 25 Milliarden Euro. Mehr als 250.000 Beschäftigte arbeiten in der Kreislaufwirtschaft. Damit sind dort genauso viele Menschen beschäftigt wie in der Energieversorgung und fast viermal so viele Personen wie in der Wasser- und Abwasserwirtschaft. [_](#)

Auftraggeber:

BDE
Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-,
Wasser- und Rohstoffwirtschaft e.V.
Wirtschafts- und Arbeitgeberverband

ITAD

VDMA

Kontakt:

holger.alwast@prognos.com

Lohnt sich die Eigenversorgung aus Solaranlagen?

Sinkende Preise für Solaranlagen und Stromspeicher machen Eigenversorgungs-lösungen attraktiv. Doch das Potenzial der Eigenversorgung in Ein- und Zweifamilienhäusern, der Landwirtschaft und im Lebensmittelhandel ist überschaubar. Die Eigenstromversorgung kann nach neuen Erkenntnissen von Prognos und Agora bis 2035 maximal 24 TWh des heutigen Strombezugs aus dem Netz ersetzen. Das entspricht ca. fünf Prozent des aktuellen Nettostromverbrauchs. Prognos und **Agora Energiewende** liefern fundierte Zahlen, die ein realistisches Bild der Entwicklung von Geschäftsmodellen zur Eigenversorgung geben. Sie setzen so Anreize insbesondere für die Politik, wo es noch keinen stabilen Ordnungsrahmen für diesen Bereich gibt. _

Auftraggeber:



Kontakt:

marco.wuensch@prognos.com
www.prognos.com/eigenversorgung-pv

Trends im deutschen Mittelstand bis 2025

In „Innovativer Mittelstand 2025“ untersuchen Prognos und das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), wie Erfolgsmodelle für wettbewerbsfähige KMU künftig aussehen könnten. Die Autoren formulieren Lösungsansätze für zwei unterschiedliche Gruppen von KMU. Einerseits: Unternehmen, die Trends erkennen und Potenziale neuer Entwicklungen nutzen. Andererseits: Unternehmen, die ad hoc und kundengetrieben innovieren. Oft fehlt es ihnen an Instrumenten und Strategien, um Markt- und Technologietrends zu erfassen. Die Stärkung der Strategiekompetenz steht somit im Mittelpunkt der Handlungsempfehlungen. Auftraggeber war das **Bundesministerium für Wirtschaft und Energie**. _

Auftraggeber:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Kontakt:

michael.astor@prognos.com
www.prognos.com/mittelstand2025

Demografie und Rente: Prognos liefert neue Fakten

Regelmäßig liefert Prognos wichtige Erkenntnisse zu Demografie und Rente. Für den **Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft** erstellte Prognos zuletzt mehrere Studien, u.a. zur Entwicklung der gesetzlichen Rente für typisierte Versicherte an ihrem Wohnort, zu den Potenzialen eines längeren Erwerbslebens und zur Zielerreichung der Rentenreformen seit 2000.

Auch der **DGB** greift auf Prognos-Expertise zurück, um die Langfristwirkungen von Reformideen modellgestützt untersuchen zu lassen.

Für die **Deutsche Rentenversicherung** berechnen unsere Experten die fiskalischen Effekte einer Teilanrechnung von Alterseinkommen auf die Grundsicherung im Alter.

Gemeinsam mit dem **Fraunhofer FIT** hat Prognos zwei Analysen erstellt: Für die **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft** (INSM) wurden die öffentlichen Haushalte einem Demografie-Check bis 2040 unterzogen.

Für das **Bundesfinanzministerium** wurde der Einfluss des demografischen Wandels auf die Steuereinnahmen des Staates untersucht.

Das Magazin **Der Spiegel** nutzte Berechnungen von Prognos, um seine Leser über die Rentenpolitik zu informieren und Reformvorschläge von Politikern zu analysieren. _

Auftraggeber:



Der Spiegel

Bundesfinanzministerium



INITIATIVE
NEUE SOZIALE
MARKTWIRTSCHAFT



Kontakt:

oliver.ehrentraut@prognos.com

Rückblick in Bildern



Vorstellung einer Logistikstudie für die IHK Mittlerer Niederrhein, Krefeld



Diskussion und Studienvorstellung zur „Zukunft des Industriestandort Bayern und Deutschland“ für die vbw, München



Prognos auf Einladung des Bundesfamilienministeriums beim „Zukunftstag Familie 2030“, hier auf dem Podium mit Ministerin Schwesig, Berlin



„Digital und multimodal – Alltag in Bewegung“ gemeinsame Podiumsdiskussion von Prognos und Quotas, Berlin



Fachvortrag zu neuen Technologien auf dem 5. Unternehmertag Hochfranken, Selb Oberfranken



„Vielfältige Gesellschaft, interkultureller Verbraucherschutz“: Veranstaltung mit Justizminister Maas, Berlin

2017

2018

2019

2020

2021

2022

2023

2024

2025

2026

2027

2028

2029

2030

2031

2032

2033

2034

2035

2036

2037

2038

2039

2040

2041

2042

2043

2044

2045

Wir geben Orientierung.
www.prognos.com